



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Ilse Aigner, Daniel Artmann, Volker Bauer, Jürgen Baumgärtner, Konrad Baur, Barbara Becker, Dr. Andrea Behr, Maximilian Böttl, Robert Brannekämper, Franc Dierl, Dr. Alexander Dietrich, Leo Dietz, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Dr. Stefan Ebner, Dr. Ute Eiling-Hütig, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Kristan Freiherr von Waldenfels, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Petra Guttenberger, Josef Heisl, Petra Högl, Thomas Holz, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Martin Andreas Huber, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Jochen Kohler, Joachim Konrad, Harald Kühn, Dr. Petra Loibl, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Thomas Pirner, Tobias Reiß, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Kerstin Schreyer, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Werner Stieglitz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Peter Wachler, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Katharina Schulze, Johannes Becher, Stephanie Schuhknecht, Verena Osgyan, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Tim Pargent, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoglu, Dr. Markus Büchler, Kerstin Celina, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Andreas Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Gabriele Triebel, Laura Weber, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Holger Grieshammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)

Drs. 19/3487

Solidarität mit Israel – jüdisches Leben in Bayern stärken

Der Bayerische Landtag stellt fest:

1. Bayern steht solidarisch und fest an der Seite Israels. Die Sicherheit und das Existenzrecht Israels sind deutsche und bayerische Staatsräson. Der Landtag bekennt sich klar zum israelischen Recht auf Selbstverteidigung und zum besonderen Schutzauftrag des Freistaates für jüdisches Leben.

Der Landtag ist zutiefst erschüttert über den brutalen und menschenverachtenden terroristischen Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 und den nicht zu rechtfertigenden Angriff der iranischen Revolutionsgarden und ihrer Verbündeten auf Israel am 13. April 2024. Der Landtag steht an der Seite der Bürgerinnen und Bürger Israels. Der Landtag verurteilt den bestialischen Terror der Hamas und den groß angelegten Angriff auf das Schärfste und fordert eine umgehende Freilassung aller Geiseln sowie eine Beendigung der Angriffe auf Israel. Die Terrororganisation Hamas und der Iran tragen die Verantwortung für die Eskalation und das dadurch verursachte Leid der Zivilbevölkerung.

Der Landtag unterstreicht, dass sich der Staat Israel, um seine Staatsbürger zu schützen, gegen die barbarischen Angriffe verteidigen und die Angreifer verfolgen muss. Gleichzeitig darf das Leid der Zivilbevölkerung im Gazastreifen, die ebenfalls unter dem Terror der Hamas leidet, nicht aus den Augen verloren werden. Die humanitäre Lage im Gazastreifen ist katastrophal. Der Zugang und die Versorgung mit humanitärer Hilfe für die Menschen im Gazastreifen muss erheblich verbessert werden. Der Landtag unterstützt die Friedensbemühungen in der Region, die allerdings das Existenzrecht Israels in keiner Weise infrage stellen dürfen. Der Landtag begrüßt es daher, dass die Bundesregierung weiterhin entschieden für einen dauerhaften und tragfähigen Frieden eintritt.

2. Bayern und Israel sind enger denn je miteinander verbunden. Der Landtag will diese Verbindungen weiter stärken. Dazu dienen z. B.:
 - Ausbau bayerisch-israelischer Partnerschaften von Städten und Gemeinden.
 - Ausbau der Zusammenarbeit von Gesundheitseinrichtungen, BRK, Feuerwehren, Handwerk, Kammern etc. mit entsprechenden israelischen Einrichtungen.
 - Ausbau der Bayerisch-Israelischen Bildungskooperation des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus und des Bayerischen Jugendrings sowie Ausbau des Schwerpunkts Israel und der Stiftung Jugendaustausch Bayern.
 - Förderung von Austausch und Kooperation im Bereich Kunst und Kultur mit Israel, denn jüdische Stimmen in Kunst und Kultur gehören zu Bayern.
 - Fortsetzung der landwirtschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich Wassermanagement und Bewässerung.
 - Ermutigung der bayerischen Hochschulen zu prüfen, ob neben der Stärkung des „Zentrums für Israel-Studien“ an der Ludwigs-Maximilians-Universität (LMU) eine Ausweitung der Israelforschung sowie von Angeboten der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Antisemitismus, jüdischer Kultur- und Geistesgeschichte in Lehre, Forschung und Wissenschaftskommunikation erfolgen kann.
 - Stärkung des Bayerischen Büros in Israel.
 - Kooperationen zwischen bayerischen Gedenkstätten und Einrichtungen zur Erforschung und Erinnerung an die Shoah in Israel (inkl. Yad Vashem) durch die Stiftung Bayerische Gedenkstätten.
 - Ausbau der Kooperation zwischen bayerischen staatlichen Einrichtungen und der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem auf der Basis der Memoranden von 2011, 2018 und 2023.

- Regelmäßige Fortführung der Bayerisch-Israelischen Freundschaftstage im Landtag.
- Weitere Austrocknung der Unterstützung und Finanzierung für die Hamas, aber auch für die Hisbollah im Libanon. Die iranischen Revolutionsgarden müssen von der EU als Terrororganisation eingestuft werden. Nur ohne Extremismus ist ein friedliches Miteinander der Menschen möglich.

Dass die Konferenz der Europäischen Rabbiner (CER) von London nach München gezogen ist, ist für Bayern eine hohe Auszeichnung und ein großer Vertrauensvorschuss. Diesem Vertrauen wird der Freistaat nach Überzeugung des Landtags gerecht werden.

3. Der Landtag verurteilt Antisemitismus und jegliche Angriffe auf Jüdinnen und Juden sowie jüdische Einrichtungen. Antisemitismus zu bekämpfen, ist Aufgabe aller Demokratinnen und Demokraten. Der Landtag steht entschieden an der Seite der Jüdinnen und Juden. Jeder einzelne Übergriff auf jüdische Bürgerinnen und Bürger in Bayern stellt zugleich auch einen Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, unsere offene und pluralistische Gesellschaft und damit auf jeden Einzelnen dar. Der Schutz jüdischen Lebens ergibt sich daher nicht nur aus der Verantwortung vor der Geschichte, sondern ist das Fundament unserer Demokratie. Indem der Freistaat jüdisches Leben in Bayern schützt, verteidigt er unsere Wertordnung.
4. Der Landtag begrüßt deshalb die vielen bestehenden bayerischen Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus und das Engagement des Beauftragten der Staatsregierung gegen Antisemitismus.

Der Landtag toleriert Anfeindungen gegen Jüdinnen und Juden nicht. Weder Antizionismus noch Judenhass, antisemitische Gewalt, Hassreden oder die Verherrlichung islamistischer Organisationen werden geduldet. Derartige Straftaten, egal ob von deutschen Staatsbürgern verursacht oder von Migranten, die das Existenzrecht Israels anzweifeln und Judenhass säen, werden in Bayern auch künftig konsequent und umgehend verfolgt. Zusammen mit der Dokumentation antisemitischer Vorfälle auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze durch die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS Bayern) ergibt sich in Bayern folgendes differenziertes Gesamtbild, das der Landtag vollumfänglich begrüßt:

- Bayern hat die Sicherheitsmaßnahmen für israelische und jüdische Einrichtungen bereits verstärkt. Das soll aufrechterhalten und erforderlichenfalls ausgebaut werden.
- Bayern wird sein „Gesamtkonzept für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus“ mit den drei Säulen „Jüdisches Leben stärken, bayerisch-israelische Beziehungen vertiefen, Antisemitismus stoppen“ konsequent weiterentwickeln.
- Bayern wird die Förderung der zivilgesellschaftlichen Präventionsarbeit gegen Antisemitismus verstärken.
- Um die Integration und die Anerkennung unserer Werte zu stärken, werden wir die Wertebildung in unseren Integrationsangeboten sowie in Kitas, Kindergärten und Schulen sowie die Präventionsarbeit gegen Antisemitismus weiter intensivieren. Der Kampf gegen Antisemitismus ist auch in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung sowie der Präventionsarbeit von besonderer Bedeutung, da außerschulische Lernorte heute wichtige Komplementärangebote zum schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrag darstellen.

- Die politische Bildung einschließlich der Friedenserziehung sowie Antisemitismus- und Extremismusprävention sind ein wichtiger Teil bayerischer Schulbildung und fest im Lehrplan verankert. Auch die Erinnerungsarbeit nimmt im Lehrplan aller bayerischen Schulen (u. a. in den Fächern Geschichte, Politik und Gesellschaft, Religionslehre und Ethik) einen hohen Stellenwert ein. Der Landtag erkennt die unverzichtbare Leistung der bayerischen Schulen bei der Bekämpfung von Antisemitismus an und stärkt sowohl die Politische Bildung als auch die Demokratie- und Wertebildung an allen Schularten sowie die Vertiefung der bayerisch-israelischen Beziehungen.
- Als Einladung für ein künstlerisches Miteinander hat Bayern ein Sonderprogramm zur Förderung des bayerisch-israelischen Kulturaustausches aufgelegt. Mit dem Sonderprogramm sollen der künstlerische Austausch und die Bildung von Netzwerken mit israelischen Partnern angestoßen und ausgebaut werden.
- Auf die Antisemitismus- und Extremismusprävention soll auch im Rahmen von Fortbildungen der staatlichen Verwaltung, insbesondere des Rechtsvollzugs, weiterhin ein besonderes Augenmerk gelegt werden.

5. Der Landtag

- setzt sich daher für die Fortentwicklung des „Gesamtkonzepts Jüdisches Leben und Bekämpfung des Antisemitismus“ ein und unterstützt den Ausbau bestehender Themenportale und Präventionsprogramme.
- unterstützt die Stärkung des Gesamtkonzepts „Erinnerungskultur“ und baut die Förderung unserer Erinnerungskultur und die vielfältige Gedenk- und Erinnerungsarbeit durch die bayerischen Gedenkstätten und außerschulischen Bildungsträger aus.
- unterstützt die Entwicklung neuer Erinnerungsformate in Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten, der Wissenschaft, mit Opferverbänden und weiteren relevanten Akteuren.
- versetzt Bayerns Hochschulen als Orte des freien Diskurses in die Lage, auf antisemitische Gewalt und Propaganda, die die Freiheit jüdischer Studenten und Forscher in Studium und Wissenschaft gefährden, noch besser und konsequenter reagieren zu können.
- unterstützt die Stiftung Bayerische Gedenkstätten weiterhin bei der Umsetzung der Neugestaltungen der beiden KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg und stärkt den Ausbau und die Weiterentwicklung moderner didaktischer Konzepte. Die Einbindung des Steinbruchareals in die Gedenkstättenarbeit in Flossenbürg wird ebenfalls nachdrücklich unterstützt.
- fordert und fördert den Besuch von mindestens einer KZ-Gedenkstätte oder vergleichbarer Einrichtungen der Erinnerungskultur zur Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus durch jede Schülerin und jeden Schüler in Bayern.
- intensiviert den Schüleraustausch zwischen Bayern und Israel.
- befürwortet ausdrücklich den Einsatz von Zeitzeugen der Schoah bzw. deren Nachfahren in der Bildungs- und Erinnerungsarbeit.
- setzt sich für eine bedarfsgerechte und flächendeckende Präventionsarbeit gegen Antisemitismus ein und unterstützt den Ausbau der bayernweiten Informations- und Sensibilisierungsarbeit durch die RIAS Bayern. Dabei soll auch der Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 einbezogen werden.
- fordert Antisemitismusprävention als verpflichtenden Bestandteil des Vorbereitungsdienstes angehender Lehrkräfte aller Schularten im Bereich „Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung“ und/oder „Pädagogik“ ein und ein Ausbildungsmodul „Antisemitismus“ im Lehramtsstudium.

- unterstützt das Schulportal „Bayern gegen Antisemitismus“, das bereits heute Lehrkräften umfangreiche Handlungsempfehlungen bietet. Wir intensivieren die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften in Bezug auf (israelbezogenen) Antisemitismus und ergänzen diese um aktuelle Lehrmaterialien unter anderem zur Geschichte des Judentums und Israels.
- fordert die Träger außerschulischer Bildungsarbeit dazu auf, Wissen über jüdisches Leben zu vermitteln und die Prävention gegen Antisemitismus auszubauen.
- fordert eine der historischen Verantwortung angemessene finanzielle Beteiligung bei Bildungs- und Erinnerungsarbeiten sowie beim Unterhalt und der Konservierung der denkmalgeschützten Bauten aus der NS-Zeit durch den Bund.
- unterstützt den künstlerischen Austausch mit Israel, wofür bereits ein eigenes Sonderprogramm aufgelegt wurde.

Die Präsidentin

Ilse Aigner